

danken lag. Die Tora ist „Geschenk“ und erfüllte die Funktion, in einer heidnischen Umwelt das Judentum zu erhalten.

Der Religionslehrer. In: Katechetische Blätter Jhg. 103 Heft 2/3 (März 1978).

Das umfangreiche Doppelheft dokumentiert die Tagung des Deutschen Katecheten-Vereins vom Herbst vergangenen Jahres in Salzburg, die sich mit Aufgabe

und Situation des Religionslehrers beschäftigte. In zahlreichen Texten – von Referaten und Diskussionsberichten bis zu Meditationen – werden Gesichtspunkte beigebracht, wobei sich theoretische Überlegungen und Berichte aus der praktischen Erfahrung in unterschiedlichen Schultypen und verschiedenen Ländern gegenseitig ergänzen. Einleitend wird nach einem „Klagelied eines Religionslehrers“ die Stellung des Religionslehrers im Synodenbeschluß über den Religionsunterricht (vgl. HK, Sep-

tember 1975, 442ff.) dargestellt und nach dem Verhältnis Religionslehrer – Gemeinde gefragt. Weitere Beiträge befassen sich u. a. mit den Rollenkonflikten, in denen der Religionslehrer steht, mit den Erwartungen, die von allgemeindidaktischen und religionsdidaktischen Entwürfen an ihn gerichtet werden, sowie mit seiner Verantwortung dem kirchlichen Amt gegenüber. Ein theologischer Aufsatz ist der Zuordnung von Glaubenserfahrung, Theologie und Religionsunterricht gewidmet.

Personen und Ereignisse

Als eine „säkulare Grundbewegung“, die nach einer „eisernen Reserve vorwissenschaftlicher oder überwissenschaftlicher Substanz“ suche, bezeichnete der Hamburger Bischof *Hans-Otto Wölber* in den „Evangelischen Kommentaren“, die gegenwärtige Grundwertedebatte. Wölber sieht in dieser Debatte einen sozial- und geisteswissenschaftlichen Ansatz, die herrschende Kultur zu verändern und sie der Wirklichkeit des Religiösen zu öffnen. Wölber vermerkte kritisch, „warum die evangelische Theologie und vor allem die evangelische Kirche der Grundwertedebatte so wenig Bedeutung beimißt“.

Zu äußerster Zurückhaltung mit Exorzismen in Fällen vermuteter Besessenheit hat der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, gemahnt. In einem Interview mit dem „Sonntagskurier“ (2. 4. 78) erklärte der Kardinal, der Großteil der Besessenheitsfälle und der damit verbundenen oder verwandten Phänomene sei natürlich erklärbar, wenn auch ein kleiner Rest bleibe, den man – jedenfalls derzeit – nicht erklären könne. Es sei jedoch „kirchliche Lehre und Auffassung, daß es das Böse als eine personifizierte Macht gibt“.

Gegen den Vorwurf, der Wandel der kommunistischen Partei Italiens auch im Blick auf das Verhältnis zu den Katholiken sei rein taktischer Natur, verteidigte der bekannte deutsche Marxismusforscher *Gustav A. Wetter* SJ in einem Vortrag in Wien die KPI. Die Politik Berlinguers sei von Anfang an auf die Versöhnung mit den Katholiken einschließlich der Hierarchie ausgerichtet gewesen. Dessen Ausführungen in seinem Brief an den Bischof von Ivrea, *Luigi Bettazzi* (vgl. HK, Dezember 1977, 601 ff.), die KPI sei eine laizistische Partei und wolle weder einen theistischen noch einen atheistischen Staat, seien deshalb ernst zu nehmen. Die These von der Laizität des Staates stehe in scharfem Gegensatz zum Staatsverständnis der KPdSU und habe prinzipielle Bedeutung.

Der Bischof von Ivrea, *Luigi Bettazzi*, wurde zum neuen Präsidenten der internationalen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ gewählt. Der 54jährige Bischof, der seit 1968 Präsident der italienischen Sektion von „Pax Christi“ ist, wurde bei der Jahrestagung des internationalen Rates der Organisation im niederländischen Scheveningen zum Nachfolger von Kardinal *Bernhard Alfrink* gewählt, der nach 13jähriger Tätigkeit aus Altersgründen zurückgetreten war. Nach seiner Wahl bezeichnete der neue Präsident das verstärkte Eintreten für Abrüstung und das Anprangern des internationalen Waffenhandels als vorrangige Ziele von „Pax Christi“. In seiner Heimat plädiert Bettazzi seit langem wie

der verstorbene Kardinal Lercaro, dessen Weihbischof er war, für eine Kirche, die arm ist „an politischer Unterstützung und ökonomischen Mitteln“. Im letzten Jahr hatte er durch einen offenen Briefwechsel mit dem Chef des PCI, Enrico Berlinguer, Aufsehen erregt (s. oben).

Der Vizepräsident der deutschen „Pax Christi“, *Wilhelm de Schmidt*, hat in einem Schreiben an den Generalsekretär der in Prag ansässigen Christlichen Friedenskonferenz, *Karoly Toth*, seine Bestürzung über die Festnahme des tschechoslowakischen Moraltheologen *Otto Madr* zum Ausdruck gebracht. Madr, dem 1970 sein Lehrstuhl an der Theologischen Fakultät der Universität Leitmeritz entzogen wurde, war bei der Rückkehr von einem Treffen von „Pax Christi“-Mitgliedern und Angehörigen der regime-treuen Christlichen Friedenskonferenz in Budapest an der ungarisch-tschechoslowakischen Grenze festgenommen und verhört und anschließend auch Verhören durch die Sicherheitsorgane in Prag unterzogen worden. De Schmidt fragte in seinem Brief, „wieviel Konsultationen über Frieden und Gerechtigkeit in der Praxis wert sind, wenn wenige Stunden nach Abschluß solcher Treffen Polizei und Sicherheitsorgane eingreifen“.

Der Patriarch von Konstantinopel, *Demetrios I.*, hat den orthodoxen Kirchen die Zulassung von Frauen zu den Pfarrämtern empfohlen. Im Bereich des Ökumenischen Patriarchats war die Öffnung der Pfarrämter für Frauen schon vor Jahren vollzogen worden. Dagegen gehen in der übrigen Orthodoxie die Meinungen über eine solche Praxis noch auseinander. In Griechenland wurde sie nur von einem Athener Vortragsbischof eingeführt. Gleichzeitig mit seiner Empfehlung bekräftigte der Patriarch die orthodoxe Ablehnung der Ordination von Frauen und betonte, daß in der Orthodoxie auch kein Wunsch nach Zulassung der Frau zum Priestertum bestehe.

Zum Abschluß seines Aufenthaltes in Brasilien ist US-Präsident *Jimmy Carter* zu einem Gespräch über das Thema Menschenrechte mit dem Erzbischof von São Paulo, Kardinal *Paulo Evaristo Arns*, zusammengetroffen. Die Unterredung fand in auffallender Weise, auf dem Weg zum Flughafen im Auto des Präsidenten, statt. Der Kardinal überreichte Präsident Carter bei der Begegnung ein Exemplar seines neuen Buches „Der Kampf für die Menschenrechte“. Kardinal Arns engagiert sich seit Jahren für die Einhaltung der Menschenrechte in seinem Land. Bei einem Zusammentreffen mit dem amerikanischen Präsidenten im vergangenen Jahr in den USA hatte ihn Carter als „Symbol eines besseren Brasilien“ bezeichnet.

Der Erzbischof von Recife, *Helder Pessoa Câmara*, hat sich in einem Brief an den „Freckenhorster Kreis“, einen Zusammenschluß von Priestern der Diözese Münster, zu Spekulationen über ein gegen ihn vom Vatikan verhängtes Reiseverbot geäußert. Câmara erklärte, er habe vor einigen Monaten ein persönliches Schreiben von Papst *Paul VI.* erhalten, in dem er gebeten worden sei, „von weiteren internationalen Reisen abzusehen“; diese Bitte des Heiligen Vaters habe für ihn die „Geltung eines Befehls“. Câmara äußerte in dem Brief seine Besorgnis über die „Verständnislosigkeit und Angst“, die in der römischen Kurie über die Art und Weise herrsche, in der in Lateinamerika das Zweite Vatikanische Konzil gelebt werde (vgl. ds. Heft, S. 219). In einer offiziellen Stellungnahme hat der vatikanische Pressesprecher, *P. Romeo Panciroli*, die Existenz eines Reiseverbots für Helder Câmara bestritten und gesagt, Câmara sei lediglich von einem Mitbruder vertraulich gebeten worden, sich stärker auf die Bedürfnisse seiner eigenen Diözese zu konzentrieren.

Die Begnadigung von insgesamt 91 wegen eines angeblichen Staatsstreiches angeklagten Personen hat der Vorsitzende der Bischofskonferenz von Zaïre und Bischof von Tshumbe, *Albert Yungu*, in einem Brief an Präsident *Mobutu Sese Seko* gefordert. Die 67 Offiziere und 24 Zivilisten werden beschuldigt, ein „Terroristennetz“ aufgebaut zu haben, um Mobutu zu stürzen. Bischof Yungu schrieb, der Episkopat des Landes, der im Juli 1977 den Präsidenten dazu aufgefordert habe, das Volk gegen jede Art von physischer und geistiger Gewalttätigkeit zu schützen, bitte den Präsidenten nun, vom Recht der Begnadigung Gebrauch zu machen, das ihm der Art. 43 der Verfassung biete, damit den Verurteilten die Todesstrafe erspart bleibe. Jedes Blutvergießen in Zaïre werde über kurz oder lang zu Gewalttätigkeiten führen.

Der neue Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof *Desmond Tutu*, ist vom Zulu-Führer *Gatsha Buthelezi* und seiner einflussreichen Inkatha-Bewegung heftig angegriffen worden. Wegen seines Verhaltens bei der Beisetzung des Gründers des verbotenen Pan African Congress, *Robert Sobukwe*, bei der Buthelezi von Jugendlichen tätlich angegriffen und beschimpft worden war, verurteilte das Inkatha-ZK Tutu jetzt als „politischen Opportunisten“. Seine Erklärung nach den Zwischenfällen ließen Zweifel aufkommen, ob seine Berufung richtig gewesen sei. Angeblich habe Tutu Buthelezi überredet, den Schauplatz der Tumulte zu verlassen, anstatt sich öffentlich vor ihn zu stellen und zu schützen. Das Organ des Südafrikanischen Kirchenrates, „The Voice“, dagegen berichtete, der Bischof habe dem Zulu-Führer das Leben gerettet.